

## Mieterbund befürchtet Wohnungsnot - Lage in Hessen sehr verschieden

14.09.2012

Von Friedemann Kohler, dpa

Wiesbaden (dpa/lhe) - Der Mieterbund in Hessen befürchtet eine neue Wohnungsnot. Die Einkommensschere in der Bevölkerung klaffe immer weiter auseinander, in Ballungsgebieten schwinde billiger Wohnraum, sagte der Vorsitzende des Landesverbandes, Wolfgang Hessenauer, am Freitag in Wiesbaden. Das treffe auch Normalverdiener. «Für Polizeibeamte ist die Versetzung von Oberhessen nach Frankfurt eine finanzielle Katastrophe.» Ein neues Konfliktfeld zwischen Mietern und Vermietern ist die energetische Sanierung. Deren Kosten werden nach Angaben des Lobby-Verbandes auf die Mieter abgewälzt.

An diesem Samstag findet in der Landeshauptstadt der 35. Hessische Mietertag statt unter der Losung: «Paläste für Reiche - Hütten für Arme? Wohnen in Zeiten zunehmender sozialer Ungleichheit». In Hessen gibt es knapp 1,9 Millionen Mietwohnungen, in denen mehr als drei Millionen Menschen leben. Regional sind die Wohnkosten sehr unterschiedlich. Außerhalb des Rhein-Main-Gebietes und der Uni-Städte gibt es auf dem Land auch Leerstand von Wohnungen.

Für den ärmeren Teil der Bevölkerung fehlen in Hessen einer Studie der Pestel-Stiftung zufolge etwa 271 000 Sozialwohnungen, der Mieterbund sprach sogar von 276 000 fehlenden Sozialwohnungen. Die drohende Altersarmut verschärfe das Problem. Eigentlich müssten jährlich 2500 Sozialwohnungen gebaut werden, forderte Hessenauer. Eine große Rolle sollten dabei die Wohnungsbaugesellschaften spielen. Das Land fördert 2012 mit 29 Millionen Euro den Bau von 440 Sozialmietwohnungen, vor allem in Südhessen.

Der Mieterbund hielt der Landesregierung Untätigkeit vor. «Für uns Hessen ist die Lage nicht besonders glücklich. Wohnungspolitik findet so gut wie nicht statt», sagte Hessenauer. Wirtschaftsminister Florian Rentsch (FDP) kümmere sich nicht darum.

Allerdings hat Rentsch Anfang September ein Wohnraumfördergesetz in den Landtag eingebracht. Es legt den Schwerpunkt aber auf die Förderung von Wohneigentum. Auch sagte er im Landtag: «In Nord- und Mittelhessen stehen Wohnungen leer, im südhessischen Ballungsraum dagegen hält der Siedlungsdruck an.» Nötig sei eine «regionale Fokussierung» der Wohnraumförderung.

In den Ballungsgebieten verzeichnen die Beratungsstellen des Mieterbundes auch mehr Nachfragen wegen der Kosten von energetischer Sanierung, berichtete Bundesgeschäftsführer Lukas Siebenkotten. Laut Gesetz dürfen elf Prozent Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt werden. Eine Kontrolle zum Klimanutzen gebe es nicht. Selbst wenn ein Mieter 60 bis 70 Cent je Quadratmeter im Monat Energiekosten spare, müsse er meist 1,70 bis 1,80 Euro mehr Miete zahlen. «Im Ergebnis zahlt allein der Mieter die Kosten.»

Siebenkotten forderte auch eine gesetzliche Deckelung für Neuvertragsmieten. «Sie sollten die ortsübliche Vergleichsmiete um höchstens zehn Prozent übersteigen dürfen.» Im Jahreslauf wird jeder zehnte Mietvertrag wegen Umzug, Versetzung, Familienvergrößerung gekündigt. Höhere Neuverträge treiben den Durchschnitt im Mietspiegel und damit die Kosten für alle Mieter nach oben.



Nach einer neuen Studie fehlen mehr als 270 000 Sozialwohnungen.  
Foto: A. Dedert (Bild: dpa)